

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 08.05.2007

im Wittekindshof Gronau, Aula der Johannesschule, Landgrafenstraße 21,
48599 Gronau

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp 48734 Reken

Herr Hubert Bestert 46354 Südlohn

Frau Heidi Buskase 48599 Gronau

Herr Manfred Daberkow 48599 Gronau

Frau Anne König 46325 Borken

Vertretung für Frau Barbara Büscher (bis TOP 2)

Herr Josef Leinen 48712 Gescher

Frau Elisabeth Lindenhahn 46348 Raesfeld

Vertretung für Herrn Gerhard Ludwig

Herr Johannes Maus 46342 Velen

Herr Josef Osterhues 48683 Ahaus

Vertretung für Herrn Markus Jasper

Frau Stephanie Pohl 48712 Gescher

Frau Ursula Schulte 48691 Vreden

Frau Silke Sommers 46399 Bocholt

Frau Gerti Tanjsek 46397 Bocholt

Frau Gertrud Welper 48691 Vreden

Frau Ursula Zurhausen 46325 Borken

Gäste/Referenten:

Herr Reiner Breder, Leiter des Wittekindshofes Gronau

Frau Andrea Lampe, Mitarbeiterin im Ambulant Betreuten Wohnen im Wittekindshof Gronau (TOP 2)

Herr Reinhard Liebig, Leiter der Abteilung LWL Behindertenhilfe Westfalen (TOP 2)

Frau Evelin Puttins, LWL (TOP 2)

Frau Marita Huesmann, LWL (TOP 2)

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp

Herr Dr. Gerhard Ettliger

Herr Reinhard Groschke

Herr Hans Ritter

Herr Jürgen Ahlte

Frau Reinhild Wantia

Frau Barbara Thien

Herr Jürgen Bietenbeck

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 16:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Punkt 1: Begrüßung und Vorstellung des Wittekindshofes Gronau durch den Leiter Herrn Reiner Breder

Nach der Begrüßung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit in dem Mehrzweckraum der auf dem Areal des Wittekindshofes befindlichen Johannesschule gibt der Leiter des Wittekindshofes Gronau, Herr Diakon Reiner Breder, einen allgemeinen Überblick über die einzelnen Einrichtungen, Aktivitäten und zukünftigen Maßnahmen des Wittekindshofes Gronau als auch der Diakonischen Stiftung Wittekindshof. Außerdem richtet er Grüße des neuen Vorstandssprechers der Diakonischen Stiftung Wittekindshof, Herrn Pfarrer Dr. Dierk Starnitzke, aus.

Die von Herrn Breder gezeigten Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 2: Ambulant Betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung **- Vortrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe als zuständiger Träger der Sozialhilfe, Herrn Reinhard Liebig, Leiter der Abteilung LWL Behindertenhilfe Westfalen, sowie Frau Marita Huesmann bzw. Frau Evelin Puttins** **- Vorstellung des Ambulant Betreuten Wohnens im Wittekindshof durch Frau Andrea Lampe**

Zunächst informiert Herr Reinhard Liebig, Leiter der Abteilung LWL Behindertenhilfe Westfalen, die Ausschusssmitglieder über die Entwicklungen des Ambulant Betreuten Wohnens für Menschen mit Behinderung im Landesteil Westfalen-Lippe seit dem Zuständigkeitswechsel am 01.07.2003 bis heute sowie über die noch beabsichtigten Maßnahmen.

Anschließend stellt Frau Andrea Lampe konkret die Maßnahmen und Arbeiten zum bzw. im Ambulant Betreuten Wohnen im Wittekindshof Gronau dar.

Im Rahmen dieser Vorträge wird deutlich, dass durch den Umzug aus einer stationären Einrichtung in das Ambulant Betreute Wohnen auch ein Zuständigkeits-/Kostenträgerwechsel stattfindet. Für die Hilfen in der stationären Einrichtung ist allein der überörtliche Träger – der Landschaftsverband – zuständig. Bei einem Umzug in das Ambulant Betreute Wohnen besteht seine Zuständigkeit nur noch für die fachliche ambulante Betreuung. Für die Sicherstellung des gesamten Lebensunterhaltes ist dagegen der örtliche Träger der Sozialhilfe zuständig. Frau Evelin Puttins, zuständig für das Hilfeplanverfahren beim LWL, erklärt hierzu, dass der Gesetzgeber insoweit in § 98 Abs. 5 SGB XII den Schutz der Einrichtungsorte auch für das Ambulant Betreute Wohnen ausgeweitet habe. Sofern ein Hilfesuchender aus einer Einrichtung oder nach Reha-Maßnahmen sonstiger Kostenträger in ein Ambulant Betreutes Wohnen zieht, ist der Sozialhilfeträger des Heimatortes und nicht der Sozialhilfeträger, in dessen Bereich das Ambulant Betreute Wohnen sich befindet, zuständig. Die Zuständigkeit des Heimatortes sei nicht befristet, sondern gelte für den gesamten Zeitraum des Ambulant Betreuten Wohnens. Damit sei der örtliche Sozialhilfeträger letztendlich nur für seine Einwohner zuständig.

Herr Liebig führt weiter aus, der LWL habe den Auftrag bis zum Jahresende eine Konzeption zu erarbeiten, die einen Verbleib von Menschen mit Behinderung in der Familie ermöglicht. Dabei sei die Unterstützung der Familie vorrangiges Ziel.

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt den Referenten für ihre umfangreichen und sehr interessanten Ausführungen.

Der Vortrag von Herrn Liebig sowie die von ihm gezeigten Folien sind als Anlagen 2 und 3 der Niederschrift beigelegt.

Die von Frau Lampe gezeigten Folien sind als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 3: SGB II
- Vorstellung des Jahresberichtes 2006 für das SGB II - Benchmarking
der Optionskommunen
Vorlage: 0070/2007

Berichtersteller: Herr Ahlte

Herr Ahlte verdeutlicht, dass es sich bei dem Benchmarking nicht um ein Ranking unter den Optionskommunen, sondern um ein Instrument handele, die Arbeit der Optionskommunen transparent zu machen. Weiter müsse berücksichtigt werden, dass bei den Optionskommunen unterschiedlichste Voraussetzungen bestünden, so dass bereits deshalb grundsätzlich eine Vergleichbarkeit nicht gegeben sei. Der Kennzahlenvergleich sei insofern nicht als Ergebnis, sondern nur als Instrument in einem Prozess des Lernens voneinander anzusehen. Der Nutzen dieses Benchmarkings liege daher vorrangig darin, zu sehen, wie andere Optionskommunen Lösungswege suchen, und damit alternative Möglichkeiten zu überdenken und auch eventuell zu übernehmen.

Herr Haßenkamp erinnert daran, dass es zur Zeit einen Wettbewerb der Systeme gebe und die Optionskommunen gefordert seien nachzuweisen, dass sie wettbewerbsfähig diese Aufgaben erledigen können. Hierfür seien das Sammeln entsprechender Daten und solche Berichte unbedingt erforderlich.

Die von Herrn Ahlte gezeigten Folien sind als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Jahresbericht 2006 für das SGB II – Benchmarking der Optionskommune zur Kenntnis.

Punkt 4: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 4.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

Punkt 4.2: Kreispflegekonferenz

Herr Groschke berichtet, dass in der letzten Sitzung der Kreispflegekonferenz am 18.04.2007 drei Punkte besprochen worden seien:

a) Modernisierung des Altenpflegeheimes Haus vom Guten Hirten in Bocholt

Herr Dr. Bröcheler von der Stiftung Haus Hall habe die geplanten Modernisierungsmaßnahme vorstellt. Das Haus solle nunmehr umfassend renoviert und modernisiert werden. Hierbei würden die vollstationären Plätze von 127 auf 120 sowie die Doppelzimmer auf 20 % der Plätze reduziert. Die Baukosten würden sich auf voraussichtlich 6,5 Mio € belaufen. Die Baumaßnahmen würden bei laufendem Betrieb von April 2007 bis April 2010 ausgeführt werden.

b) Schaffung eines Altenpflegeheimes in Raesfeld, Weseler Straße 71

Beim Landhaus Keller in Raesfeld sei beabsichtigt, durch einen Teilumbau des bestehenden Hotels 20 Altenpflegeheimplätze zu schaffen. Dabei blieben wie bisher die Strukturen eines Hotelbetriebes im gesamten Umfang erhalten. Gegenseitige Störungen zwischen Hotel und Altenpflegeheim würden nicht erwartet, da beide Bereiche von einander getrennt seien, vielmehr gehe man davon aus, dass der Hotelbetrieb mit seinem öffentlichen Cafe eine Abwechslung für die Pflegebedürftigen darstellen werde.

c) Einsatz osteuropäischer Pflegekräfte im Kreis Borken

Durch die Herren Domschitz und Kruthoff vom Hauptzollamt sei ein allgemeiner Überblick über die Aufgaben des Zolls bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung sowie über die eingeschränkten rechtlichen Möglichkeiten bei der Ermittlung gegeben worden. Auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse sei vereinbart worden, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit über die Möglichkeiten der legale Beschäftigung zu informieren.

Auf Bitte des Mitglieds Schulte ist das Protokoll der Kreispflegekonferenz als Anlage 6 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 4.3: Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt

Herr Haßenkamp berichtet, dass am 25.04.2007 im Kreishaus Borken im Rahmen einer Fachtagung Interessierte über die Projekte der Initiative *Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt* informiert worden seien. 55 Personen seien der Einladung gefolgt. Die positive Resonanz sei aus dem Pressebericht „In Borken ist gut altern“ zu ersehen.

In diesem Zusammenhang sei die ausgelegte Broschüre vorgestellt worden (Für nicht anwesende Ausschussmitglieder ist die Broschüre als zusätzliche Anlage der Niederschrift beigelegt.). Außerdem habe ein ehrenamtliches Filmteam die Projekte festgehalten und filmtechnisch aufbereitet. Das Ergebnis sei auf DVD zu erhalten.

Weiter führt Herr Haßenkamp aus, dass für das weitere Bewerbungsverfahren die Anmeldefrist gestern abgelaufen sei. Es lägen 21 Anmeldungen vor. Entsprechend dem vereinbarten Verfahren berate sich die Lenkungsgruppe Ende Mai, so dass sich der Ausschuss mit den Bewerbungen voraussichtlich im Juni befassen könne.

Punkt 4.4: Nächste Sitzung des Ausschusses

Herr Haßenkamp weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Ausschusses in den neuen Räumlichkeiten der *Fähre* in Rhede stattfinden werde. Positiv sei anzumerken, dass nunmehr *Fähre* und *Insel*, die das Ambulant Betreute Wohnen begleiten, sich im gleichen Haus befinden würden.

Punkt 4.5: Impfkampagne im Kreis Borken

Herr Dr. Ettlinger informiert darüber, dass in 2006 das Impfmobil des Landes NRW 8 Hauptschulen im Kreis Borken besucht und in diesem Rahmen Impfausweise kontrolliert und Schüler gegen Masern, Mumps und Röteln geimpft habe.

Auf Grund des festgestellten Durchimpfungsgrades habe die Gesundheitskonferenz beschlossen, jährlich sechs Jahre lang das Impfmobil in den Kreis Borken zu holen und ortsweise Impfmaßnahmen durchzuführen. Des weiteren würden nicht nur die Hauptschulen, sondern alle weiterführenden Schulen aufgesucht.

Das Impfmobil mache in der Zeit vom 10.05. bis 23.05.2007 in Gescher und Vreden Station. Vorab erfolge eine Kontrolle der Impfausweise. Man erwarte mit dieser Aktion ca. 3.000 Kinder zu erreichen.

Auf den ausgesprochenen Impfempfehlungen würden die Haus-/Kinderärzte gebeten, anonym den Rücklauf per Fax zu bestätigen.

Die Maßnahme sei Ende Mai abgeschlossen, so dass über die Ergebnisse in der nächsten Ausschusssitzung berichtet werden könne.

Ergänzend weist Vorsitzender Silkenbäumer darauf hin, dass sich zudem zum 01.04.2007 Änderungen ergeben hätten, so dass die Kosten gegen Gebärmutterhalskrebs ohne Widerspruch von den Krankenkassen übernommen würden.

Punkt 5: Anfragen

Punkt 5.1: Brustkrebsvorsorgeuntersuchung

Mitglied Schulte berichtet, dass die Brustzentren finanzielle Probleme haben sollen und fragt nach, ob das Brustzentrum Westmünsterland Ahaus-Bocholt diesbezüglich an den Kreis Borken herangetreten sei.

Herr Dr. Ettliger verneint diese Frage, er wird jedoch konkret nachfragen. Über das Ergebnis und inwiefern das Mammamobil im Kreis Borken angenommen wird, wird er in der nächsten Sitzung berichten.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

Wilhelm Stilkenbäumer
Vorsitzender

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer